

Mitglieder des EU-Umweltausschusses führen in Brasilien Gespräche über Mercosur	1
Kärnten: Vorschlag für Alm- und Weideschutzgesetz zur einfacheren Jagd von Wölfen	2
Bauernbund: Forstgesetznovelle wird Anforderungen des Klimawandels gerecht	3
Wettermärkte und Unsicherheit am Schwarzmeer befestigen Weizen und Mais	4
EU-Schweinemarkt: Rekordschwaches Lebendangebot hält Erzeugerpreise stabil	7
Heimische Kuhmilchproduktion 2022 um 3% gestiegen	8
NÖ Bauernbund zur aktuellen Diskussion in Irland: Kühe sind keine Klimakiller	8

Mitglieder des EU-Umweltausschusses führen in Brasilien Gespräche über Mercosur

Bernhuber erwartet keine rasche Ratifizierung des Abkommens

Brasília/Brüssel, 23. Juni 2023 (aiz.info). - Ein Besuch von Mitgliedern des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments diese Woche in Brasilien soll die außenpolitischen Beziehungen zwischen der EU und dem südamerikanischen Land stärken. Eines der zentralen Themen ist das EU-Mercosur-Handelsabkommen. **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im EU-Parlament, der sich bisher entschieden gegen Mercosur ausgesprochen hat, nimmt an der Reise teil. "Weder der brasilianische Landwirtschaftsminister noch Vertreter der Agrarindustrie halten einen raschen Abschluss des Abkommens für realistisch, weil für Brasilien die Verpflichtung zu bestimmten Umweltgarantien nicht akzeptabel sind", hält Bernhuber fest.

In den kommenden Wochen werden die Mercosur-Staaten einen Gegenvorschlag zum sogenannten Side-Letter der EU vorlegen, der den Vertrag ergänzen soll und Umweltgarantien von Mercosur-Seite vorsieht. "Die derzeitigen Inhalte des Side-Letters würden nicht greifen, weil Mercosur nicht darauf eingehen würde. Wenn sogar dieser Inhalt noch abgeschwächt werden soll, ist das ein weiteres Mal eine Bestätigung für ein 'Nein' zum Abkommen aus Österreich", sagt Bernhuber.

Besorgnis erregt zudem ein neues Gesetz in Brasilien, das den Zulassungsprozess für Pflanzenschutzmittel beschleunigt und somit den Weg für eine verstärkte Verwendung dieser Substanzen ebnen soll. Dieses Gesetz wurde vom konservativen Parlament gegen den Willen des Präsidenten Lula beschlossen, wie Bernhuber informiert. "Dieser Schritt steht im klaren Widerspruch zu den Klimaschutzplänen in der EU. Es kann nicht sein, dass wir in Europa ein Pflanzenschutzmittel nach dem anderen ohne wirksame Alternative verbieten und gleichzeitig in Brasilien hunderte neue Wirkstoffe innerhalb weniger Jahre zugelassen werden. Dennoch sollen weiterhin brasilianische Agrarprodukte problemlos in die EU eingeführt werden", ärgert sich Bernhuber.

Amazonas-Bemühungen noch nicht weit genug

Ein weiteres dringendes Problem, das während des Besuchs angesprochen wurde, ist die laufende Abholzung des Amazonas-Regenwaldes. Brasilien habe zwar gewisse Maßnahmen ergriffen, um die illegale Entwaldung einzudämmen, dennoch nehme die Abholzung im Amazonas unter Präsident Lula zu, informiert Bernhuber und sagt: "Im März wurden im brasilianischen Amazonasgebiet erneut 356 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt. Das kann so nicht weitergehen. Eine echte Klimaschutzpolitik, sieht anders aus".

Die Reise der EU-Parlamentsdelegation nach Brasilien verdeutliche, dass trotz einiger Fortschritte noch erhebliche Herausforderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Brasilien bestehen. "Wir müssen dringend die EU Handelspolitik überdenken. Freihandel auf Kosten des Klimas, der Umwelt und der heimischen Landwirtschaft steht klar im Widerspruch zu den Ambitionen des Green Deal. Wir müssen vielmehr ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie regionale Landwirtschaft und Produktion fördern. Mein 'Nein' zu Mercosur bleibt", so Bernhuber. (Schluss)

Kärnten: Vorschlag für Alm- und Weideschutzgesetz zur einfacheren Jagd von Wölfen

Gruber diskutiert Pläne mit Vollversammlung der Landwirtschaftskammer

Wien, 23. Juni 2023 (aiz.info). - In der pressierenden Wolfproblematik mit zunehmenden Wolfsrissen von Alm- und Weidevieh sowie wiederkehrenden Sichtungen des Großraubtieres nahe Siedlungsgebieten schlägt LHStv. **Martin Gruber**, Jagd- und Agrarreferent im Land Kärnten, ein neues Alm- und Weideschutzgesetz vor, das Wolfsabschüsse in Weideschutzgebieten erleichtern soll. Sein Vorschlag sieht eine Definition von Weideschutzgebieten vor, in denen Wölfe entnommen werden dürfen. Und zwar unabhängig von einer Risszahl, sondern aufgrund der vorab geprüften, nicht gegebenen Schützbarkeit der Alm- und Weidegebiete.

"Dafür werden wir ein eigenes Alm- und Weideschutzgesetz schaffen müssen, das klar regelt, in welchen Gebieten es Ausnahmen von der Schonzeit für den Wolf braucht, weil dort keine anderweitigen Lösungen möglich sind, um Almen zu erhalten und ernste Schäden in der Tierhaltung zu verhindern", will Gruber seine Pläne bei Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten nächste Woche präsentieren. Die Ausweisungen solcher Gebiete wären zwar zeitlich zu befristen bzw. in regelmäßigen Abständen auf allfällige Veränderungen hin zu überprüfen. "Es wäre damit aber ein noch rascheres Agieren gegen eine unkontrollierte Ausbreitung der Wölfe auf unseren Almen und Heimweiden möglich", so Gruber.

Die Kärntner Wolfsverordnung müsste in weiterer Folge angepasst werden. So würde der Passus zum Schadwolf durch die neue Vorgehensweise in den ausgewiesenen Alm- und Weideschutzgebieten ersetzt werden. Die Regelungen zum Risikowolf in Siedlungsgebieten würden aber unverändert bestehen bleiben. "Wir haben in den letzten Monaten gesehen, wie oft Wölfe sich zu nah an Siedlungen und bewohnte Gebäude herangewagt haben. Die Möglichkeit hier einzugreifen, wird es weiterhin brauchen", so der Jagdreferent.

vor mit einem neuen Vorschlag aufhorchen. Er möchte

LK-Präsident **Siegfried Huber** begrüßt den Vorstoß von Gruber. "Die Weidehaltung auf Almen und Heimweiden ist in Kärnten besonders ausgeprägt und Teil unserer traditionellen Berglandwirtschaft. Gerade diese tierfreundliche Weidehaltung kommt aber durch die unkontrollierte Ausbreitung von Wölfen immer mehr unter Druck. Wenn man diese Weidehaltung unter einen gesetzlichen Schutz stellt, kann das ein guter Ansatz sein, in diesen Gebieten Wölfe leichter zu entnehmen als bisher", so Huber. Auch das EU-Mitgliedsland Schweden stelle den Schutz der traditionellen Rentier-Weidehaltung über den Schutz von Wölfen und mache die Bejagung in diesen Gebieten einfacher möglich.

LK-Resolution an Landtag

Gruber will den Vorschlag zur Umsetzung eines Alm- und Weideschutzgesetzes auch bei der Vollversammlung der LK Kärnten nächste Woche diskutieren, um dies im Fall einer Zustimmung durch die Interessenvertretung in Auftrag zu geben. Zudem kündigte Huber für die LK-Vollversammlung eine entsprechende Resolution an, mit dem Ersuchen an den Kärntner Landtag als zuständiges gesetzgebendes Organ im Land, ein solches Alm- und Weideschutzgesetz zu beschließen."

Wesentlich ist für Huber auch weiterhin die politische Geschlossenheit beim Thema Wölfe: "Ich denke, wir sind fraktionsübergreifend einig, dass Wölfe in Kärntens Kulturlandschaft keinen Platz haben. Mir ist wichtig, dass wir bei diesem Thema parteipolitische Diskussionen hintanstellen. Alles, was wir umsetzen, muss innerhalb des Rechtsrahmens sein. Aufrufe, die darüber hinausgehen, mögen gut klingen, bringen uns aber nicht weiter und schüren nur Hoffnungen. Am Ende des Tages zählt das Erreichte nicht das Erzählte", appelliert Huber bereits im Vorfeld an die in der LK-Vollversammlung und im Kärntner Landtag vertretenen Fraktionen. (Schluss)

Bauernbund: Forstgesetznovelle wird Anforderungen des Klimawandels gerecht

System zur Abgeltung von Waldbrandbekämpfungskosten wird bundesweit vereinheitlicht

Wien, 23. Juni 2023 (aiz.info). - Die Novelle des Forstgesetzes wurde heute in Begutachtung geschickt. Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** betont wesentliche Ziele und Maßnahmen: "Der Wald spielt als Kohlenstoffspeicher eine bedeutende Rolle bei der Anpassung an den Klimawandel. Klar ist: Aktiv bewirtschaftete Wälder leisten einen höheren Beitrag dazu als solche, die außer Nutzung gestellt wurden. Das neue Forstgesetz wird den Anforderungen des Klimawandels gerecht und bildet eine zeitgemäße rechtliche Grundlage für den Umgang mit der wertvollen Ressource Wald."

Anstelle verschiedener Regelungen in den Bundesländern wird es nun bundesweit einheitliche Vorgaben zur Abgeltung von Waldbrandbekämpfungskosten geben: "Bisher war diese Kostenerstattung auf den jeweiligen Einzelfall bezogen. Das neue System mit Pauschaltarifen und Entschädigungen erspart bürokratischen Mehraufwand und ist eine zufriedenstellende Lösung für Feuerwehren, Gemeinden, Betriebe und nicht zuletzt die Waldbäuerinnen und Waldbauern. Wir bedanken uns bei Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig für sein Engagement für eine machbare Lösung."

Eine Maßnahme gegen die zunehmende Trockenheit und zum Schutz vor Bodenerosion auf landwirtschaftlichen Flächen stellen sogenannte Mehrnutzenhecken dar, so Strasser: "Mehrnutzenhecken spenden nicht nur Schatten, sondern fördern auch die Biodiversität. Sie sorgen dafür, dass der fruchtbare Oberboden vor Wind- und Wassererosion geschützt ist und verbessern das Kleinklima. Die Anlage von Mehrnutzenhecken, als ein Beispiel von Agroforstflächen, wird nun erleichtert. Das Gesetz stellt klar, dass diese weiterhin als landwirtschaftliche Nutzflächen gelten, wenn binnen zehn Jahren eine Meldung an die Forstbehörde erfolgt."

Außerdem betont Strasser den Aspekt der Bildung: "Um auch den kommenden Generationen die Wertigkeit unserer Wälder zu vermitteln, setzen wir einen starken Fokus auf die Ausbildung unserer Jugend. Mit dem zusätzlichen Bildungsweg zum Forstassistenten legen wir außerdem den Grundstein für eine neue Generation an Führungskräften." (Schluss) APA OTS 2023-06-23/09:00

Wettermärkte und Unsicherheit am Schwarzmeer befestigen Weizen und Mais

Druck aus Russland auf EU-Markt - Heimischer Kassamarkt bei Preisbildung in der Schwebe

Wien, 23. Juni 2023 (aiz.info). - Wettermärkte mit nach unten korrigierten Ernteprognosen in der EU, speziell in Deutschland, und auch in Russland, schlechte Bestandsbewertungen in den USA sowie anhaltende Unsicherheit bezüglich der Exportkorridore über das Schwarze Meer verliehen den internationalen Terminmärkten diese Woche vor allem für Weizen und Mais einigen Zündstoff. Unterbrochen wurde oder wird die teilweise rallyartige Preisentwicklung zwischenzeitlich von Gewinnmitnahmen. Letztlich war auch aufgrund der Dürre zuletzt sogar in Russland, das sich bisher durch Preis- und Mengendruck auch für die Abschwächung der Preise in der EU mitverantwortlich zeichnete, von einer Befestigung der Exportpreise die Rede - dies neben den schlechteren Ernteaussichten offensichtlich auch wegen nunmehr herabgesetzter Exportabgaben. Der heimische Kassamarkt befindet sich hin- und hergerissen zwischen den jüngsten internationalen Entwicklungen und der Aussicht auf eine große Ernte mit niedrigeren Proteinerträgen beim Weizen bei der Preisbildung noch in der Schwebe.

Die Notierungen von Weizen - dieser mit einem Zweimonats-Hoch - und Mais an der Euronext in Paris setzten vom Freitag voriger Woche bis Donnerstag dieser Woche - vor allem mit einem Sprung am Mittwoch - ihre Befestigung weiter fort. Der Schlusskurs des für die neue Ernte stehenden September-Weizenkontrakts stieg von 238,75 Euro/t auf 251,00 Euro/t. Der Kontrakt auf Mais zur Lieferung im August schaffte es im Wochenabstand von 237,25 Euro/t auf 247,75 Euro/t. Raps mit Fälligkeit August - also aus Ernte 2023 - hingegen verfiel von 473,50 Euro/t auf 443,25 Euro/t. In den Freitagshandel starteten alle drei Pariser Agrarkontrakte - und wiederum insbesondere der Raps - mit negativen Vorzeichen.

DRV senkt wegen Trockenheit Ernteprognose für Deutschland deutlich

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) senkte am Mittwoch seine Erwartungen an die Deutsche Getreideernte einschließlich Mais wegen anhaltender Trockenheit gegenüber der Vormonatsprognose um 1,23 Mio. t auf 42,00 Mio. t und die für die Rapsernte um 133.000 t auf 4,15 Mio. t. Das sind 1,45 Mio. t oder 3,3% weniger Getreide und 132.000 t oder 3,1% weniger Raps als im Vorjahr. Die Schätzung der Weizenernte kürzt der DRV gegenüber Mai um 445.000 t auf 21,87 Mio. t und die von Mais um 211.000 t auf 3,74 Mio. t. Das sind um 649.000 t oder 2,9% weniger Weizen als aus der Ernte 2022 und um 96.000 t oder 2,5% weniger Mais. Seien Äcker Mitte Mai teilweise wegen starken Regenfällen nur eingeschränkt befahrbar gewesen, litten die Kulturen mittlerweile deutschlandweit unter massivem Trockenstress. Besonders betroffen sei Ostdeutschland. Um auf tiefen Böden weitere Ertragsverluste zu verhindern, müsse weiterhin flächendeckend Regen fallen. Auf sandigen Böden könnten Verluste nicht mehr kompensiert werden. Früh räumende Kulturen wie Wintergerste seien weniger betroffen, für spätere wie Weizen müsse mit weiteren Ertragsrückgängen gerechnet werden, wenn in den kommenden Tagen kein Regen falle, hieß es. Dies gelte auch für Sommerungen wie Mais.

Dabei verwies der DRV darauf, dass auch die Nachbarschaft - Polen, das Baltikum und Skandinavien - unter Trockenheit leide und die Situation in Spanien mit einer historisch kleinen Ernte von etwa 11,0

Mio. t Getreide besonders prekär sei. Die Ertragsausfälle im Ostseeraum und auf der iberischen Halbinsel könnten nach aktuellem Stand aber durch größere Erntemengen in Süd-Ost-Europa kompensiert werden. Weltweit werde eine ausreichende Versorgung erwartet. Zu den Exportmöglichkeiten der Ukraine entwarnt der DRV, selbst wenn der Getreidedeal für die Schwarzmeerrouten nicht verlängert werde, "können die prognostizierten Exportmengen per Lkw, Bahn und Binnenschiff vollständig auf den Weltmarkt gelangen".

Gezerre um Weiterbestand des Schwarzmeer-Getreidedeals - Polen interveniert Getreide

Zuletzt mehrten sich wiederholte Drohungen aus Russland, dass der Getreidedeal für die Schwarzmeereexporte nicht über Mitte Juli hinaus verlängert werden könnte. Russland verschleppt seit Mai ohnehin schon die Inspektionen ukrainischer Getreideschiffe, wodurch die ukrainischen Exporte ins Stocken geraten. Es will damit vordergründig offensichtlich eine Lockerung vermeintlicher Sanktionen gegen seine Agrar- und Düngerexporte erzwingen. Im Hintergrund dürfte auch die Absicht dahinterstecken, einen unliebsamen Wettbewerber am Getreideweltmarkt auszuschalten. UN-Generalsekretär **Antonio Guterres** zeigte sich diese Woche "enttäuscht" von der Umsetzung des von UNO und Türkei vermittelten Getreideabkommens zwischen Russland und der Ukraine. Schiffe würden langsamer inspiziert, sodass weniger Schiffe ukrainische Häfen erreichten und verließen und deshalb weniger Getreide bei den Empfängern ankomme. Die Exporte im Rahmen des Getreidedeals seien im Mai im Vergleich zum Oktober um rund drei Viertel gesunken. Guterres rief alle Beteiligten dazu auf, die Exportabfertigung umgehend zu beschleunigen, um die globale Versorgungssicherheit zu wahren.

Die polnische Regierung soll dem Vernehmen nach in einer Interventionskampagne 60% der bei Landwirten vermeintlich aufgrund der im Land hängengebliebenen Ukraine-Lieferungen angehäuften Überlager aufgekauft haben. Ziel sei, Platz für die Einlagerung der neuen Ernte zu schaffen. Wohin die Regierung in Warschau diese Mengen bringen will, bleibe ebenso wie die Aufkaufspreise unklar, denn es scheint unwahrscheinlich, dass der polnische Staat über bisher unbekannte, noch nicht genutzte Silokapazitäten verfügt oder diese über Nacht aus dem Boden stampfen könne. In Rumänien verzögerten Behörden den Umschlag ukrainischen Getreides auf Hochseeschiffe durch Prüfungen, ob dieses nicht in den fünf mit einem Importverbot geschützten EU-Frontstaaten landen könne. Zudem bleibe nach einem Ministerwechsel der künftige Regierungskurs Rumäniens unklar und es habe im Land auch die Ernte eingesetzt.

Russland drückt bei Getreideexport weiterhin aufs Tempo

Indes spricht die russische Agrarberatung Sovecon von einem weiterhin hohen Tempo russischer Getreideausfuhren. Sie könnten im Juni mit 2,8 bis 3,2 Mio. t das Dreifache des Juni 2022 erreichen. Gleichzeitig trug Sovecon am Mittwoch mit einer neuen Ernteschätzung für Russland zur Bullenstimmung an den internationalen Terminbörsen bei: Aufgrund von Hitze und Trockenheit senke sie die Prognose für die Weizenernte um 1,2 Mio. t auf 86,8 Mio. t. Branchenkreisen zufolge habe Algerien zu Wochenbeginn aus Russland mehr als 600.000 t Weizen zur Lieferung im August gekauft, wofür fob-Preise (free on board) von durchschnittlich 230 USD/t (209,38 Euro) kolportiert wurden - also doch keine Spur von den in der Vorwoche vermeintlich als "freiwillig" vom Moskauer Agrarressort "empfohlenen" 240 US-Dollar-Mindestpreis.

Preispolitik Russlands und Eroberung von EU-Marktanteilen drückt auf Preis in Union

Algerien war in der Vergangenheit der Top-Weizenkunde der EU und wendete sich im laufenden Wirtschaftsjahr 2022/23 zum einen wegen politischer Verwerfungen mit seinem wichtigsten Lieferanten Frankreich und zum anderen wegen der dortigen Billigangebote Russland zu. In den jeweils ersten 51 Kalenderwochen des Wirtschaftsjahres 2021/21 kaufte Algerien 4,90 Mio. t Weichweizen aus der Union, was 18,0% Anteil am EU-Export entsprach, so die jüngsten von der EU-Kommission verfügbaren Außenhandelsdaten. Im bald auslaufenden Wirtschaftsjahr 2022/23 sank die Menge auf 4,10 Mio. t Weichweizen und der Anteil an den Ausfuhren auf 13,4%, Algerien wird dabei 2022/23 von Marokko als Top-Kunde für EU-Weizen (4,68 Mio. t, +2,76 Mio. t zu 2021/22, 15,4% des EU-Weichweizenexports) überholt.

Dabei legte laut Kommission der gesamte Weizenexport der EU in den 51 zur Verfügung stehenden Berichtswochen des Wirtschaftsjahres 2022/23 zum Vorjahres-Vergleichszeitraum um 9% oder 2,74 Mio. t auf 31,70 Mio. t zu, obwohl die zur Verfügung stehende Ernte der EU im Jahresvergleich um 4,21 Mio. t oder gut 3% zurückgefallen ist. Gleichzeitig nahmen die Weizeneinfuhren der EU in der auslaufenden Saison um 5,07 Mio. t auf 5,43 Mio. t zu, womit die Ukraine ihren Anteil an den Einfuhren von Weizen im Jahresabstand von 14,2% auf 62,2% und sich vom zuvor vierten auf den ersten Platz der Importdestinationen katapultierte. Wie die Exportzahlen der EU im Vergleich zu ihrer Produktion zeigen, dürften aber beträchtliche Teile dieses ukrainischen Weizens über die Solidaritätskorridore der EU auch wieder in andere Drittländer weitergegangt sein. Ähnlich ergeht es der EU beim bislang größten Weizenimporteur der Welt, Ägypten, wo ihr russische Exporteur ebenfalls beträchtliche Marktanteile abknöpfen. Die Weizenlieferungen aus der Union ins Land am Nil sanken im bisherigen Saisonverlauf 2022/23 im Jahresvergleich von 2,73 Mio. t auf 1,68 Mio. t, ihr Anteil an den EU-Weizenausfuhren halbierte sich fast von 10,0 auf 5,5%. Somit trägt auch die aggressive russische Exportpolitik mit Schleuderpreisen für Weizen maßgeblich zum Preisdruck in der EU bei: Zum einen, indem sie die Exportpreise drückt, und zum anderen, indem sie die Exportkonjunktur der Union bremst. Beides schlägt sich in den maßgeblich vom Exportgeschäft der EU bestimmten Weizennotierungen an der Euronext in Paris nieder, mit denen sich über Hedging wiederum Kassamarktpreise innerhalb der EU ableiten und sichern lassen.

Schlechte Bestandsbewertungen in den USA senden bullische Signale

Bullische Signale setzten auch die wöchentlichen Bestandsbewertungen des US-Landwirtschaftsministeriums USDA. Es beurteilte mit 51% um 9% weniger Sommerweizenbestände als "good" oder "excellent" als in der Vorwoche. Unverändert 38% des Winterweizens kommen auf die beiden Bestnoten, allerdings bremst Regen in den südlichen Anbaugebieten die bereits angelaufene Ernte. Die Bonitierung der Maiskulturen in den beiden Top-Bewertungskategorien fiel im Wochenabstand um 6% auf 55%, so tief wie seit 35 Jahren nicht mehr. Zudem dürften viele Farmer wegen der Dürre geplante Maisflächen gar nicht bestellt und brachliegen gelassen haben. An den US-Börsen zog insbesondere der Mais die Notierungen nach oben.

Zwar wertet das USDA auch nur mehr 54% der Sojabestände als "good" oder "excellent" und damit um 5% weniger als vor Wochenfrist und im schlechtesten Zustand seit 2018, doch gingen die Märkte nach einem ersten Preissprung in der Folge davon aus, die Sojakulturen könnten sich noch erholen. Zusammen mit sehr guten Aussichten für Canola-Raps in Kanada und Rezessionsängsten in der Allgemeinwirtschaft, korrigierten die Terminmärkte für Sojabohnen an der CBoT in Chicago und Raps an der Euronext nach einer Rallye zum Teil wieder deutlich nach unten.

Heimischer Kassamarkt bei Preisbildung in der Schwebe

Kurz vor der neuen Ernte sei am österreichischen Kassamarkt alles in der Schwebe, heißt es von Marktteilnehmern. Zum einen erwarte Österreich eine große Ernte mit weniger Protein beim Brotweizen. Zum anderen verschlechtern sich in Europa und den USA die Aussichten für die Ernte. Damit hätten sich die internationalen Märkte zuletzt stabilisiert. Dennoch, so heißt es, kämen hierzulande Futterweizen und Gerste neuer Ernte zu niedrigen Preisen auf den Markt, aber es wolle niemand in größerem Umfang einkaufen. Bei höheren Qualitäten neuer Ernte wiederum bestehe keine Abgabebereitschaft, da diese wegen der geringeren Verfügbarkeit noch sehr gefragt werden könnten.

Somit, so war rund um die dieswöchige Notierungssitzung der Wiener Produktenbörse die Rede, seien weiterhin nur kleine Mengen an Brotgetreide gehandelt worden. Die Ausschläge der in Kürze auslaufenden Notierungen für Brotgetreide alter Ernte - Premiumweizen verlor, Qualitäts- und Mahlweizen zogen an - seien kaum repräsentativ für den Markt.

Futtergetreide finde wegen der verringerten Nachfrage nach Futtermitteln wenig Nachfrage bei den Verarbeitern, Maispreise hätten trotz der unveränderten Notierungen dem Vernehmen aber im internationalen Kontext anzuziehen begonnen.

Keine Notierungen kamen neuerlich für Eiweißschrote zustande. Auch Quotierungen für Ölsaaten der Verarbeiter würden für nahe Liefertermine mit fortschreitender Deckung immer rarer, wobei die allgemein steigenden Preise nur an den Geboten für spätere Termine ablesbar seien. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Rekordschwaches Lebendangebot hält Erzeugerpreise stabil

Schlachtungen in Österreich auf historischem Tiefpunkt angelangt

Wien, 23. Juni 2023 (aiz.info). - Wegen der EU-weiten Abstockung der Sauenbestände in den Jahren 2021 und 2022 bleiben zurzeit zirka zwei von zehn Schlachthaken leer. Schlacht- und Zerlegebetriebe haben demzufolge Auslastungs- und Kostenkalkulationsnotstand. Die voll umfängliche Weitergabe der somit stark gestiegenen Stückkosten reibt sich bisher am hohen Rohstoffpreis, gepaart mit gleichzeitig rekordhoher Inflation. Vor diesem Hintergrund ist der Spielraum für weitere Erzeugerpreisanstiege sehr überschaubar geworden. In Deutschland (+/-0) hat zudem der Schulferienbeginn im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen den Erzeugerwünschen einen Strich durch die Rechnung gemacht. In den mittel- und südeuropäischen Ländern erwartet man hitzebedingt in den nächsten Wochen weiter sinkende Schlachtzahlen mit gut behaupteten Notierungen.

In Österreich markiert die Zahl der Schweineschlachtungen in der abgelaufenen Woche einen neuerlichen Tiefpunkt im Ranking seit der EU-Mitgliedschaft. Knapp über 80.000 Stück, mit einem abwärts tendierendem Schlachtgewicht von 98,2 kg, stehen dem Fleischhandel zur Verfügung, teilt **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse mit. Die knappe Warenverfügbarkeit dürfte dem Vernehmen nach nun doch auch im Fleischhandel zu ausgewogenen Verhältnissen geführt haben, nachdem bis vor kurzem das selbst geringe Angebot eher mühsam

Richtung Endverbraucher absetzbar war. Ihren Beitrag leisten Grillfans, die sich trotz täglicher medialer Fleischverunglimpfung den Genuss nicht verderben lassen. Ausgewogenheit herrschte auch an der Österreichischen Schweinebörse, mit der Konsequenz einer Preisfixierung der Mastschweinenotierung auf Vorwochenniveau von 2,47 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,37 Euro). Der Ferkelpreis beträgt weiterhin 4,00 Euro/kg. (Schluss)

Heimische Kuhmilchproduktion 2022 um 3% gestiegen

Deutliches Plus bei Schafmilch - Etwas weniger Ziegenmilch

Wien, 23. Juni 2023 (aiz.info). - 2022 lieferten Kühe in Österreich rund 3,9 Mio. t Rohmilch. Das sind um 2,9% mehr als im Jahr davor, wie aus Zahlen von Statistik Austria hervorgeht. Die durchschnittliche Jahresmilchleistung blieb weitgehend unverändert bei 7.300 kg je Tier ($\pm 0,0\%$). Die in Österreich erzeugte Schafmilchmenge stieg im gleichen Zeitraum um 8,1% auf 11.700 t, während die Ziegenmilchproduktion um 1,6% auf 26.100 t zurückging.

Mit 3.500.300 t (+2,9%) ging der größte Teil (88,8%) der erzeugten Rohmilch von Kühen an Molkereien und Verarbeitungsbetriebe. Abzüglich eines geringen Schwunds wurde die restliche Rohmilch auf den Höfen selbst verwertet: 260.500 t (6,6% der Erzeugung) dienten als Futtermittel für Tiere (Kälber, Nutz- sowie Haustiere) und 142.300 t (3,6% der Erzeugung) wurden roh oder in verarbeiteter Form am oder ab Hof als Lebensmittel verwendet.

Die rund 28.600 in Österreich gehaltenen Milchschafe (-0,9%) wiesen eine durchschnittliche Jahresmilchleistung von 408 kg je Tier (+9,1%) auf. Mit 10.200 t diente der größte Teil der Produktion (87,1%) der menschlichen Ernährung. 1.400 t (11,9% der Erzeugung) wurden Statistik Austria zufolge für andere Zwecke genutzt, etwa zur Verfütterung. Der verbleibende Rest (1,0%) wurde als Schwund verbucht.

Mit einer durchschnittlichen Jahresmilchleistung von 647 kg je Tier (-4,0%) produzierten die 40.400 (+2,5%) in Österreich gehaltenen Milchziegen rund 26.100 t (-1,6%) Rohmilch. 23.600 t der Rohmilch (90,4% der Erzeugung) wurden als Lebensmittel genutzt. Abzüglich des Schwunds diente die restliche Menge der Verfütterung oder für andere Zwecke (2.300 t bzw. 8,6% der Erzeugung). (Schluss)

NÖ Bauernbund zur aktuellen Diskussion in Irland: Kühe sind keine Klimakiller

Interessenvertretung stellt sich schützend vor 9.152 Rinderhaltungsbetriebe in dem Bundesland

St. Pölten, 23. Juni 2023 (aiz.info). - Wie aus einem internen Papier des Landwirtschaftsministeriums in Irland hervorgeht, sollen in dem Land 200.000 Kühe als Beitrag zum Klimaschutz getötet werden. Für NÖ Bauernbunddirektor **Paul Nemecek** handelt es sich dabei um eine "irreführende Diskussion zulasten der Landwirtschaft und der Konsumenten in Österreich". "Österreich ist durch die Landwirtschaft geprägt. Ohne unsere Rinderbauern gäbe es keine Kühe auf den Almen und damit auch einen wichtigen Tourismus- und Wirtschaftsfaktor, gerade im ländlichen Raum, weniger. Über

9.000 rinderhaltende Betriebe in Niederösterreich sorgen für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und frische, heimische Lebensmittel, diese Leistung verdient Anerkennung und kein Schlechtmachen", unterstreicht Nemecek.

"Egal ob frische Kuhmilch oder bestes heimisches Rindfleisch, die Qualität der Produkte von heimischen Bäuerinnen und Bauern ist hoch und jeder Kauf von regionalen Produkten schont die Umwelt durch wegfallende unnötige Transporte", zeigt Nemecek auf, der auch auf einen aktuellen Bericht des welthöchsten Klimagremiums verweist, in dem Kühe und ihre Rolle in der Klimadiskussion deutlich entlastet werden. So werde in dem Bericht festgehalten, dass der Einfluss von Methan nach neuen und besseren Berechnungsmethoden um bis zu 70% geringer ist als ursprünglich angenommen.

Bevölkerung auf Seiten der Bauern

Eine Umfrage unter 1.100 Österreicherinnen und Österreichern des IFDD (Institut für Demoskopie und Datenanalyse) im Auftrag des NÖ Bauernbundes rund um den Weltmilchtag habe das ebenfalls aufgezeigt. "Für 80% ist die Kuh kein Klimakiller und auch beim Klima- und Umweltschutz sieht die Bevölkerung andere Branchen in der Verantwortung und sehen den Handlungsbedarf hauptsächlich bei Industrie (85%), Transport und Verkehr (60%) und im Bereich Bauen und Wohnen (36%)", erläutert Nemecek.

In Niederösterreich werden laut aktuellen Angaben der Statistik Austria über 418.000 Rinder gehalten. Das ist fast jedes vierte Rind in Österreich. "Als Bauernbund stellen wir uns in dieser Debatte schützend vor unsere hart arbeitenden 9.152 rinderhaltenden Betriebe. Sie haben einen fairen, transparenten und ehrlichen Umgang verdient", bekräftigt der NÖ Bauernbunddirektor. (Schluss)